Das Wichtigste in Kürze

Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts erhöhte sich im Berichtsjahr markant. Insgesamt gingen 7324 Fälle ein; aus dem Vorjahr wurden 4945 Fälle übernommen. 6655 Fälle wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 250 Tage.

Die Digitalisierung der Arbeitsprozesse ist eines der grössten und komplexesten Vorhaben der letzten Jahre am Bundesverwaltungsgericht. Im Berichtsjahr wurde die Einführung des neuen Geschäftsverwaltungssystems Acta Nova vorbereitet, und die Aktenzirkulation erfolgt neu elektronisch. Für die Modernisierung der Kernapplikationen der Rechtsprechung wurde eine öffentliche Beschaffung gestartet. Die neue Entscheiddatenbank und der modernisierte Internetauftritt machen die Digitalisierung auch für die Öffentlichkeit sichtbar.

Aufgrund von Pensionierungen und Austritten traten im Berichtsjahr fünf neue Richterinnen und Richter ihr Amt an. Auf Antrag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung im Dezember Claudia Cotting-Schalch zur Vizepräsidentin für den Rest der Amtsperiode 2023/24. Anfang November trat die neue Generalsekretärin Sara Szabo ihr Amt an.

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

1. Allgemeiner Teil **64**

Zusammensetzung des Gerichts 64

Gerichtsorganisation 66

Kommissionen 67

Geschäftslast 68

Koordination der Rechtsprechung 69

Gerichtsverwaltung 69

Projekte 71

Aufsicht 71

Zusammenarbeit 73

2. Statistiken **74**

GESCHÄFTSBERICHT 2023 DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2023.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Der Präsident: Vito Valenti
Die Generalsekretärin: Sara Szabo

St. Gallen, 26. Januar 2024

1. ALLGEMEINER TEIL

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident:	Vito Valenti
Vizepräsident:	Stephan Breitenmoser

Verwaltungskommission

Präsident:	Vito Valenti
Vizepräsident:	Stephan Breitenmoser
Mitglieder:	Keita Mutombo
	Roswitha Petry
	Nina Spälti Giannakitsas

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende:	Annie Rochat Pauchard, Präsidentin Abteilung I
Mitglieder:	Pascal Richard (stv. Vorsitz), Präsident Abteilung II
	Beat Weber, Präsident Abteilung III
	Contessina Theis, Präsidentin Abteilung IV
	Barbara Balmelli-Mühlematter, Präsidentin Abteilung V
	Gregor T. Chatton, Präsident Abteilung VI

Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin:	Sara Szabo (ab 1.11.)
Stellvertreter:	Bernhard Fasel (ab 1.11.)
Generalsekretär a.i.:	Bernhard Fasel (bis 31.10.)
Co-Stellvertretung a.i.:	Hannaleena Romano (bis 31.10.), Giovanni Urgesi (bis 31.10.)

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin:	Annie Rochat Pauchard
Mitglieder:	Christine Ackermann
	Emilia Antonioni Luftensteiner
	Sonja Bossart Meier (bis 31.5.)
	Jérôme Candrian
	Raphaël Gani (bis 28.2.)
	Maurizio Greppi
	Alexander Misic
	Keita Mutombo
	Claudia Pasqualetto Péquignot
	Pierre-Emmanuel Ruedin (ab 1.5.)
	Jürg Steiger
	Jürg Marcel Tiefenthal
	Iris Widmer

Abteilung II

Präsident:	Pascal Richard
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi
	David Aschmann
	Jean-Luc Baechler
	Stephan Breitenmoser
	Francesco Brentani
	Kathrin Dietrich
	Christoph Errass
	Mia Fuchs
	Martin Kayser
	Vera Maria Marantelli-Sonanini
	Eva Schneeberger
	Marc Steiner
	Daniel Willisegger
	Christian Winiger

Abteilung III

Präsident:	Beat Weber
Mitglieder:	Caroline Bissegger
	Michela Bürki Moreni
	Regina Derrer
	Caroline Gehring
	Viktoria Helfenstein
	Madeleine Hirsig-Vouilloz
	Michael Peterli
	Christoph Rohrer
	Vito Valenti
	David Weiss

Abteilung IV

Präsidentin:	Contessina Theis
Mitglieder:	Susanne Bolz
	Manuel Borla (ab 1.2.)
	Gérald Bovier
	Daniela Brüschweiler
	Daniele Cattaneo
	Yanick Felley
	Walter Lang
	Chiara Piras
	Jeannine Scherrer-Bänziger
	Thomas Segessenmann
	Nina Spälti Giannakitsas
	Simon Mathias Thurnheer
	Chrystel Tornare Villanueva

Abteilung V

Präsidentin:	Barbara Balmelli-Mühlematter
Mitglieder:	Muriel Beck Kadima
	Deborah D'Aveni
	Gabriela Freihofer
	Markus König
	Constance Leisinger
	Camilla Mariéthoz Wyssen
	Esther Marti
	Lorenz Noli
	Roswitha Petry
	Grégory Sauder
	William Waeber
	David Wenger

Abteilung VI

Präsident:	Gregor T. Chatton
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner
	Daniele Cattaneo
	Claudia Cotting-Schalch
	Jenny de Coulon Scuntaro (bis 30.6.)
	Basil Cupa (ab 1.3.)
	Susanne Genner
	Sebastian Kempe (ab 1.3.)
	Regula Schenker Senn
	Andreas Trommer (bis 31.1.)
	Aileen Truttmann (ab 1.7.)

Im Berichtsjahr amteten *Vito Valenti* als Präsident und *Stephan Breitenmoser* als Vizepräsident des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten aus *Keita Mutombo, Roswitha Petry* und *Nina Spälti Giannakitsas* zusammen. Die Abteilungen wurden präsidiert von *Annie Rochat Pauchard* (Abteilung I), *Pascal Richard* (Abteilung II), *Beat Weber* (Abteilung III), *Contessina Theis* (Abteilung IV), *Barbara Balmelli-Mühlematter* (Abteilung V) und *Gregor T. Chatton* (Abteilung VI).

Neu zum Gericht stiessen fünf Richterinnen und Richter: *Manuel Borla, Basil Cupa, Sebastian Kempe, Pierre-Emmanuel Ruedin* und *Aileen Truttmann. Borla, Cupa* und *Kempe* wurden am 14. Dezember 2022 durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt und traten ihr Amt per 1. Februar *(Borla)* und 1. März *(Cupa, Kempe)* an. Die Wahl von *Ruedin* und *Truttmann* erfolgte am 15. März, ihr Amtsantritt war am 1. Mai *(Ruedin)* und am 1. Juli *(Truttmann).*

In den Ruhestand gingen *Andreas Trommer* per 31. Januar, *Jenny de Coulon Scuntaro* per 30. Juni sowie *Muriel Beck Kadima, Stephan Breitenmoser* und *Michael Peterli* per 31. Dezember. Ebenfalls das Gericht verlassen haben *Raphaël Gani* per 28. Februar, *Sonja Bossart Meier* per 31. Mai sowie *Martin Kayser* per 31. Dezember.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen. Dabei verabschiedete es unter anderem sechs abtretende und vereidigte sieben neu eintretende Richterinnen und Richter.

Nach einem umfassenden Auswahlverfahren wählte das Gesamtgericht an seiner Sitzung vom 20. Juni *Sara Szabo* zur neuen Generalsekretärin. Im Weiteren wählte das Gesamtgericht an seiner Juni-Sitzung in einer Ersatz-

wahl zwei Mitglieder der Schlichtungsstelle für den Rest der Amtsperiode 2023/24.

An der Sitzung vom 19. September fand die Ersatzwahl für den abtretenden Vizepräsidenten *Stephan Breitenmoser* statt. Das Gesamtgericht schlug zuhanden der Bundesversammlung *Claudia Cotting-Schalch,* Richterin der Abteilung VI, als Vizepräsidentin für den Rest der Amtsperiode 2023/24 vor.

An seiner Sitzung vom 12. Dezember wählte das Gesamtgericht mit *Gérald Bovier* den Nachfolger von *Contessina Theis* als Abteilungspräsident der Abteilung IV für den Rest der Amtsperiode 2023/24. Das Gesamtgericht genehmigte die Richtlinien der VK über die Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter der Richter und Richterinnen des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Oktober. Es setzte damit den Beschluss des Gesamtgerichts vom 30. August 2022 zur Ablieferungspflicht bei vollamtlichen Richterinnen und Richtern um. Zudem wählte das Gesamtgericht in einer Ersatzwahl zwei weitere Mitglieder der Schlichtungsstelle für den Rest der Amtsperiode 2023/24.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission traf sich erstmals am 17. Januar in neuer Zusammensetzung und tagte an insgesamt 13 ordentlichen Sitzungen, wovon eine in Form einer Retraite durchgeführt wurde. Im Berichtsjahr widmete sie sich dringenden Ressourcenfragen sowie internen Aushilfsmassnahmen und brachte das Digitalisierungsvorhaben eTAF planmässig voran. Bis Mitte Jahr führte sie ein Auswahlverfahren zur Wiederbesetzung der Leitung des Generalsekretariats. Daneben räumte sie der Verbesserung der Zusammenarbeit gemäss Ethikcharta hohe Priorität ein.

An ihren Sitzungen fällte die Verwaltungskommission verschiedene Personalentscheide und fasste unter anderem Beschlüsse zum Voranschlag 2024, zu verschiedenen Zugangsgesuchen, zu verschiedenen Projekten aus dem Programm eTAF sowie zur Änderung der Richtlinien über die Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter der Richterinnen und Richter. Zudem überwachte sie im Rahmen des Tertialreportings die Verfahrenszahlen und fällte Entscheide zur Verteilung von Ressourcen innerhalb des Gerichts. Ein wiederkehrendes Traktandum war die Spruchkörperbildung – sei es hinsichtlich der Einführung eines Spruchkörpercontrollings oder der Reglementsanpassungen im VGR. Die Verwaltungskommission nahm in diesem Zusammenhang auch Kenntnis vom Bericht der Rechtsprofessorin Daniela Thurnherr und setzte sich mit den darin formulierten Empfehlungen auseinander. Deren Umsetzung konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu zwölf Sitzungen (10 im Vorjahr). Unter anderem befasste sich die Konferenz auch in diesem Jahr wieder mit der Urteilsredaktion. Sie genehmigte das Detailkonzept für ein letztes internes Schulungsangebot in diesem Bereich (Kurs «Sprache und Stil eines Urteils») und beschloss, die Richtlinien für die Urteilsredaktion, die Zitierung von Quellen und die Anonymisierung von Entscheiden total zu revidieren. Beim Thema Spruchkörperbildung klärte sie, wie abteilungsübergreifende Spruchkörper dokumentiert werden. Ausserdem beschäftigte sie sich an mehreren Sitzungen mit der elektronischen Durchführung des Zirkulationsverfahrens, verabschiedete die neue Richtlinie dazu und setzte das Inkrafttreten auf den 1. Oktober fest.

Über die weiteren Beschlüsse der Präsidentenkonferenz gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b und c VGG informieren die Abschnitte zur Koordination der Rechtsprechung sowie zu den Vernehmlassungen auf Seite 69.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert in Abstimmung mit der Präsidentenkonferenz die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts. Sie entscheidet über die Publikation in der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Die RK setzt sich in der Regel aus je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Abteilungen zusammen. Im Berichtsjahr kam es zu einigen Wechseln in der Besetzung (einschliesslich Präsidium und Vizepräsidium). Im Berichtsjahr wurde die Aufgabe von fünf Richterinnen bzw. Richtern sowie einer Gerichtsschreiberin wahrgenommen. Die RK wird von Mitarbeitenden der Wissenschaftlichen Dienste unterstützt.

Im Berichtsjahr tagte die RK neunmal, und es wurden acht BVGE-Newsletter versandt. Der Jahresband der BVGE 2022 mit 29 Entscheiden erschien im Dezember.

Den Jahreszielen entsprechend wurde die Aufgabenteilung zwischen den Abteilungen und dem Generalsekretariat (Team Infokoord) im Rahmen des Dokumentationsprozesses festgelegt. Bis auf eine Abteilung wurde

geklärt, welches Modell der Zusammenarbeit in Zukunft gelten wird.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern. Nachdem Keita Mutombo zum Mitglied der Verwaltungskommission und Beat Weber zum Abteilungspräsidenten gewählt worden waren, mussten sie aufgrund der Regeln des Geschäftsreglements für das Bundesverwaltungsgericht in der Schlichtungsstelle ersetzt werden. Im Berichtsjahr setzte sie sich aus folgenden sechs ordentlichen Mitgliedern zusammen: Christine Ackermann (Abt. I), Martin Kayser (Abt. II), Mia Fuchs (Vorsitz, Abt. II), Caroline Bissegger (Abt. III), Markus König (stellvertretender Vorsitz, Abt. V) und Basil Cupa (Abt. VI); zudem gehörte Gerichtspräsident Vito Valenti dem Gremium von Amtes wegen an. Die Schlichtungsstelle wurde im Berichtsjahr nicht angerufen.

Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/-in) den Sachverhalt und versucht, in der Schlichtungsverhandlung eine Einigung herbeizuführen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

Personalkommission

Im Berichtsjahr trieb die Personalkommission (PEKO) die Überarbeitung ihres Reglements voran und befasste sich mit diversen Anliegen der Mitarbeitenden des Gerichts. Sie sammelte Ideen und Massnahmenvorschläge zur Verbesserung der Nachhaltigkeit am Gericht, regte Verbesserungen im Prozess von internen Bewerbungen an, setzte sich für die kontinuierliche Ausstattung von Arbeitsplätzen mit Stehpulten ein und traf Abklärungen zu Weiterbildungsmöglichkeiten für Kanzleimitarbeitende und zu Fragen der Lohngestaltung. Ebenfalls fanden Gespräche mit dem Bereich HR zur Neugestaltung des Personalbeurteilungsprozesses statt.

Die PEKO traf sich zu sieben Sitzungen und führte im Januar eine Retraite durch. Dazu organisierte sie sechs Stammtische zu verschiedenen Themen sowie die Teilnahme des BVGer am Firmenlauf B2Run. Am Gerichtsfest übernahm die PEKO das Patronat.

Vertrauensstelle

Die Vertrauensstelle des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) dient als niederschwellige Anlaufstelle bei Konflikten oder in klärungsbedürftigen Situationen im Arbeitsumfeld. Sie bestand im Berichtsjahr unverändert aus vier Mitgliedern aus je unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und steht allen Mitarbeitenden zur Verfügung. Ihre Dienstleistung kann in den drei Amtssprachen in Anspruch genommen werden.

Zur Koordination von Kompetenzen sowie zur Förderung fachlicher Synergien pflegt die Vertrauensstelle einen sporadischen Austausch mit dem Bereich Human Resources und der Personalkommission; konkrete Einzelfälle werden zu keinem Zeitpunkt angesprochen.

Im Berichtsjahr haben sich verschiedentlich Mitarbeitende an die Vertrauensstelle gewandt. Im Vordergrund stand dabei das Thema des allgemeinen Umgangs. Ebenso wurden Anliegen betreffend die unterschiedliche Wahrnehmung von Erwartungen von Vorgesetzten und Mitarbeitenden an die Vertrauensstelle herangetragen. Die Betroffenen thematisierten beispielsweise als ungerecht empfundene Beurteilungs-/Personalgespräche, fehlende Wertschätzung, (Un-)Gleichbehandlung von Mitarbeitenden und Lohnaspekte. Die Anfragen zeigten, dass für das Angebot der Vertrauensstelle Bedarf besteht und dieses auch genutzt wird.

Ausserhalb ihrer Begleittätigkeit nahm die Vertrauensstelle im Verlauf der Berichtsperiode Stellung zum Vorhaben für ein Whistleblowing-Tool.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 74 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 4945 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 7324 (Vorjahr 6117) neue Fälle ein, denen 6655 (Vorjahr 6443) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle ist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 669 (+13,5%) auf 5614 gestiegen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 250 Tage (Vorjahr 282). Am Ende des Jahres waren 1112 (Vorjahr 1009) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	655	572
Abt. II	741	370
Abt. III	568	495
Abt. IV	2252	2117
Abt. V	1934	1864
Abt. VI	1174	1237
Gesamthaft	7324	6655

Spruchkörperbildung

Der Begriff Spruchkörperbildung bezeichnet die Art und Weise, wie die Richtergremien gebildet werden, die über einen Fall urteilen. Am Bundesverwaltungsgericht werden die Verfahren von Einzelrichterinnen, Einzelrichtern mit Zustimmung einer Zweitrichterin, Dreier- oder Fünfergremien beurteilt. Die auf den 1. Juni in Kraft getretenen Bestimmungen des Geschäftsreglements legen fest, welche Kriterien bei der Zuteilung berücksichtigt werden müssen. Es sind dies beispielsweise die Arbeitssprache, die Kammer- oder Fachgebietszuständigkeiten, die Beschäftigungsgrade, die Ausstandsgründe oder die Geschäftslast. Das angewandte Zuteilungssystem beruht auf einer automatischen und einer manuellen Komponente, wobei die Umsetzung in der Verantwortung der Abteilungspräsidien liegt. Sofern es technisch möglich ist, kommt die automatische Zuteilung mit einer Software zum Einsatz. Die manuelle Komponente bleibt jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Zuteilungssystems. Alle Zuteilungen der seit dem 1. Januar 2022 eingegangenen Verfahren sind systematisch dokumentiert und können statistisch ausgewertet werden.

Bei den im Berichtsjahr erledigten Fällen, die seit dem 1. Januar 2022 eingegangen sind, wurden die Spruchkörper in 62% der Fälle automatisch gebildet – in 47% ohne Deaktivierungen und in 15% mit Deaktivierungen. Deaktivierungen erfolgen zum Beispiel bei Krankheiten, bei Ferienabwesenheiten oder aus Ausstandsgründen. In 6% der Fälle wurde mindestens eine Richterposition automatisiert umbesetzt (z. B. bei Austritten) sowie in 32% der Fälle manuell besetzt. Die wesentlichen Gründe für manuelle Besetzungen waren konnexe Verfahren (38% aller manuellen Besetzungen), die Sprachregelung im Asyl, wonach immer ein zweites Mitglied im Spruchkörper sein muss, dessen Hauptsprache derjenigen des Verfahrens entspricht (17%), und der Geschäftslastausgleich (14%).

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 13 (Vorjahr 11) Konsultationsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten oder parlamentarischen Vorstössen begrüsst. Es erstattete fünf (Vorjahr 4) Stellungnahmen. Fünf Verfahren waren am Ende des Berichtsjahrs noch in Bearbeitung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden keine abteilungsübergreifenden Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG eingeleitet. Die Präsidentenkonferenz fasste Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen. So konkretisierte sie beispielsweise das Vorgehen, wenn in einem Verfahren Auskunft über die Art und Weise der Spruchkörperbildung verlangt wird. Ein weiterer Beschluss betraf den Umgang mit Urkunden, die in einer anderen Sprache als der Verfahrenssprache verfasst sind.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder verfahrensrechtlicher Art, werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV, V und gegebenenfalls VI des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Das Bundesverwaltungsgericht überarbeitete sein Verpflegungskonzept hinsichtlich Anforderungen an die Lebensmittelherkunft und lockerte es, sodass es nun dem Verpflegungskonzept der Bundesverwaltung entspricht. Damit stellt das Gericht sicher, dass das beauftragte Cateringunternehmen die Personalverpflegung weiterhin zu einem ansprechenden Preis-Leistungs-Verhältnis anbieten kann.

Das Angebot von Parkplätzen für E-Autos wurde ausgebaut. Neu sind neun Monatsparkplätze und ein Tagesparkplatz mit Ladestationen der St. Galler Stadtwerke (SGSW) ausgestattet. Die Mieter/-innen haben neu einen Vertrag mit dem Bundesverwaltungsgericht über die Nutzung des Parkplatzes und einen Vertrag mit den SGSW über den Bezug von Strom. Sie bezahlen dafür den vereinbarten Netztarif.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 448 Personen tätig: 73 Richter/-innen (65,6 Stellen), 238 Gerichtsschreiber/-innen (199,7 Stellen), 52 Kanzleimitarbeiter/-innen in den Abteilungen (41,4 Stellen) sowie 85 Mitarbeiter/-innen im Generalsekretariat (73,6 Stellen). Zudem machten 5 Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht, und 25 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

69,2% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 23,7% französischer, 6,9% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahrs über das ganze Gericht gesehen 57,1%, wobei er beim richterlichen Personal bei 46,6% und bei den Mitarbeitenden bei 59,2% lag. 34,2% der Richter/-innen und 53,1% der Angestellten arbeiteten Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 11,0% (Vorjahr 14,5%); bei den Richterinnen und Richtern 11,0%, bei den Gerichtsschreibern und -schreiberinnen 9,1% und beim übrigen Personal 14,5%.

Finanzen

Den Erträgen von 5 181 500 Franken stehen Aufwendungen von 90 812 600 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 5,7%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minderertrag von 1 169 900 Franken oder 18,4% zu verzeichnen, teilweise aufgrund der tieferen neurechtlichen Gebühreneinnahmen der eidgenössischen Schätzungskommissionen in der Höhe von 612 400 Franken. Mit der Inkraftsetzung des Enteignungsgesetzes vom 19. Juni 2020 per 1. Januar 2021 fliessen nebst den entsprechenden Aufwänden auch alle Gebühreneinnahmen der eidgenössischen Schätzungskommissionen über die Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts. Bei den Gerichtsgebühren des Bundesverwaltungsgerichts wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Minderertrag von 518 300 Franken oder 10,4% verzeichnet, obwohl die Zahl gebührenwirksamer Verfahren um 7,4% zugenommen hat. Die durchschnittliche Gebühr pro Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr um 16,6% auf 1268 Franken gesunken. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 3 812 500 Franken oder 4,4% gestiegen.

Der Personalaufwand hat um 3 100 000 Franken zugenommen und der Sach- und Betriebsaufwand um 712 900 Franken. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 154 600 Franken enthalten. Die per 1. Januar 2021 in Kraft getretene Revision des Enteignungsgesetzes führt zu wiederkehrenden Aufwendungen von 1 199 400 Franken, die erst mittelfristig vollständig durch entsprechende Gebühreneinnahmen kompensiert werden. Es wurden keine Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betrugen 52 100 Franken und betrafen das Videoüberwachungssystem, das Geschäftsfahrzeug sowie den Videokonferenzausbau.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 21 Medienmitteilungen (Vorjahr 23). 17 davon betrafen die Rechtsprechung und 4 den übrigen Gerichtsbetrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 237 Anfragen von Medienschaffenden und 49 Anfragen von Dritten. Ende Jahr waren 47 Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert.

Zahlreich waren die Anfragen von Medienschaffenden aus der ganzen Welt nach dem Finma-Entscheid, die AT1-Anleihen der Credit Suisse abzuschreiben. Über 50 Medienanfragen gingen allein zu diesem Thema ein. Von besonderem öffentlichem Interesse waren auch zwei Entscheide im Kontext zu Afghanistan, darunter eine Gutheissung im Zusammenhang mit der Ausstellung von Reisepässen sowie die Erteilung eines humanitären Visums für eine afghanische Familie. Schlagzeilen machte ferner der Entscheid, die Bildmarke eines Apfels für den Techkonzern Apple zu schützen.

Im Berichtsjahr hat das Bundesverwaltungsgericht seine Internetpräsenz modernisiert. Damit entspricht das Gericht einem oft genannten Anliegen von Rechtsvertretenden. Die Entscheiddatenbank verfügt nun über eine verbesserte Suche, diverse Filtermöglichkeiten und zeitgemässe Funktionen. Die neue Website wiederum bietet eine übersichtliche Navigation in modernem Design und deutlich einfachere Möglichkeiten zur Bewirtschaftung.

Datenschutz am Bundesverwaltungsgericht

Per 1. September sind das totalrevidierte Datenschutzgesetz sowie die zugehörige Datenschutzverordnung in Kraft getreten. Dies bringt auch für das BVGer gewisse Änderungen mit sich. Neu wird beispielsweise das Bundesgericht auch die Datenschutzaufsicht über die eidgenössischen Gerichte übernehmen. Das BVGer nimmt seinerseits künftig für das Bundespatentgericht einen um den Datenschutz erweiterten Dienstleistungsauftrag wahr.

Der Datenschutz-, Informationsschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (DSISÖB) konnte auch im Berichtsjahr seinen Zuständigkeitsbereich sowie die zugehörigen Prozesse optimieren und festigen. Ein zentraler Aspekt dabei war die Vereinfachung der Bearbeitung von Zugangsgesuchen betreffend archivierte Unterlagen; die dafür erforderliche Anpassung des Archivierungsreglements war am Ende des Berichtsjahrs noch im Gang.

Aus dem Tagesgeschäft des DSISÖB sind neben der Bearbeitung von Zugangsanfragen verschiedene Projektbeiträge, Stellungnahmen, Sensibilisierungshinweise und Empfehlungen zu Einzelthemen zu erwähnen. Darüber hinaus nahm der DSISÖB im Rahmen verschiedener Ämterkonsultationen und Vernehmlassungen Stellung. Als Vertreter des Bundesverwaltungsgerichts beteiligte er sich ausserdem an der interdepartementalen Arbeitsgruppe zum Informationssicherheitsgesetz und den zugehörigen Verordnungen.

Projekte

eTAF

Das Bundesverwaltungsgericht erzielte im Berichtsjahr im Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF substanzielle Fortschritte. eTAF hat zum Ziel, das Gericht bis ins Jahr 2025 schrittweise zu digitalisieren. Im Kern geht es darum, die Effizienz und Effektivität der Arbeitsweise am Gericht zu optimieren und den Zugang zur Justiz zu vereinfachen. Hierzu werden die Kernapplikationen in der Rechtsprechung abgelöst, und in der Gerichtsverwaltung wird eine Geschäftsverwaltungslösung eingeführt. Des Weiteren sollen in Abstimmung mit dem schweizweiten Digitalisierungsprojekt Justitia 4.0 der Rechtsverkehr und die Dossierführung mittelfristig digitalisiert werden.

Das neue Geschäftsverwaltungssystem Acta Nova (Projekt Gever) wird bis zum Frühjahr 2024 das klassische Ordnerlaufwerksystem ablösen. Damit werden alle geschäftsrelevanten Dokumente automatisch mit einer Bearbeitungshistorie versehen und systematisch archiviert. Weiter können darin Geschäftsprozesse mit verschiedenen Beteiligten über Workflows transparent abgewickelt werden. Ein Grossteil der Mitarbeitenden wurde bis Ende Jahr auf dem neuen System ausgebildet.

Nach einer dreimonatigen Übergangsphase führte das Gericht Anfang Oktober die interne elektronische Aktenzirkulation ein. Im August traf die Verwaltungskommission den Ausschreibungsentscheid für ein neues Software-Paket (Projekt Fajufi), das die Kernapplikationen Juris, FindInfo sowie die Fallzuteilungssoftware Bandlimat ablösen wird. Für die elektronische Dossierführung setzt das BVGer auf die Justizakte-Applikation JAA aus dem Projekt Justitia 4.0.

Bereits im Februar wurde das Projekt Divsum abgeschlossen. Auf einer rechtsverbindlichen Grundlage gewährleistet es neu den Vorabversand von superprovisorischen Massnahmen mittels eines Dienstes für verschlüsselte E-Mails (PrivaSphere). Auch der Vorabversand von Medienmitteilungen an die Parteien kann nun rechtsgültig über dieses System erfolgen.

Urteilsredaktion

Im Projekt Urteilsredaktion befasste sich das Bundesverwaltungsgericht mit der Frage, was ein gut verfasstes Urteil ausmacht. Das Projekt wurde im März erfolgreich abgeschlossen. Die im Rahmen des Projekts entwickelten Weiterbildungen für Gerichtsschreibende und Richter/-innen – die Einführungsschulung, der Workshop zum Thema Urteilsstruktur und der Kurs «Sprache und Stil eines Urteils» – werden in Zukunft regelmässig angeboten.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Das Bundesverwaltungsgericht beaufsichtigt die administrative Geschäftsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen und ihrer Präsidien (Art. 63 lit. a EntG). Zuständig für die administrative Aufsicht ist der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin. Mit den gleichzeitig in Kraft getretenen Verordnungen werden die Gebührenvereinnahmung zugunsten sowie die Entschädigungsabrechnung zulasten der Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts detailliert geregelt. Die Rechnungsführung der Eidgenössischen Schätzungskommissionen erfolgt durch die Finanzabteilung des Bundesverwaltungsgerichts.

Die Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise für das Jahr 2022 hat ergeben, dass die Kommissionen ihre Verfahren im gewohnten Umfang erledigten. Dabei waren die Erledigungszahlen nachvollziehbar. Nach den Neuwahlen lag aus dem Kreis 2 ein Geschäftsbericht des neuen Präsidiums vor, der aufzeigt, dass die Arbeit des Kreises nun auf normalem Kurs verläuft und die Geschäfte wieder aufgenommen werden konnten. Die anhängigen Fälle konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Nach den ausserordentlichen Gesamterneuerungswahlen 2022 war es der administrativen Aufsicht ein grosses Anliegen, mit den Kreisen Sitzungen durchzuführen, um auch die neuen Mitglieder kennenzulernen. In sechs Kreisen fanden deshalb bereits Inspektionen statt. Diese gaben der administrativen Aufsicht einen guten Einblick in das Funktionieren und die Tätigkeit der Kreise. Auch konnten allfällige Anliegen geklärt werden. Die weiteren Inspektionen waren für Anfang 2024 vorgesehen.

Die Prüfung des Jahresberichts der Schätzungskommission Kreis 10, die mit den höchsten Fallzahlen konfrontiert ist, hat ergeben, dass im Zusammenhang mit der Entschädigung in Enteignungsverfahren insgesamt 74 Fälle erledigt wurden (Pendenzen Ende 2021: 854 Fälle; Neueingänge: 4 Fälle; Pendenzen Ende 2022: 784 Fälle), die meisten davon betreffend Fluglärm. Der Kreis war auch mit diversen Kostenbeschwerden seitens des Flughafens Zürich konfrontiert, für welche zusätzlicher administrativer Aufwand anfiel.

Das Bundesverwaltungsgericht organisierte am 16. November eine Tagung in Luzern für die Mitglieder der ESchK. Die Ziele der Tagung waren die Wissensvermittlung und die Vernetzung von Experten, die eine effiziente Arbeit der ESchK fördern sollen.

Bundesgericht

Haupttraktanden der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 3. April waren der Geschäftsbericht 2022, die Rechnung 2022 und der Voranschlag 2024. Daneben wurden Massnahmen im Zusammenhang mit Vorwürfen betreffend Spruchkörperbildung am Bundesverwaltungsgericht besprochen sowie die Sitzung vom 5. April mit den Geschäftsprüfungskommissionen vorbereitet. Sodann gab die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts Auskunft über den aktuellen Stand des Verfahrens bezüglich der Änderung der Zusammensetzung eines Spruchkörpers durch ein Mitglied des Bundesverwaltungsgerichts. In diesem Zusammenhang hatte die Verwaltungskommission des Bundesgerichts ein Verfahren eröffnet und war, gestützt auf Art. 8 des Aufsichtsreglements des Bundesgerichts (AufRBGer), an die Gerichtskommission gelangt. Schliesslich ging das Bundesgericht auf den Antrag des Bundesverwaltungsgerichts auf zusätzliche Ressourcen ein.

An der Aufsichtssitzung vom 16. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, die personelle Situation sowie die kommunikative Aufarbeitung der Medienberichterstattung zum Bundesverwaltungsgericht besprochen. Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts informierte zudem über den Stand der Aufarbeitung von internen Konflikten und ging auf Fragen der Aufsicht und Oberaufsicht ein.

Im Berichtsjahr gingen fünf Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht beim Bundesgericht ein. Zwei Verfahren waren am Ende des Berichtsjahrs noch pendent. Den drei anderen Anzeigen leistete das Bundesgericht keine Folge.

Bundesversammlung

Am 22. Februar fand eine Sitzung mit den Subkommissionen Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte in St. Gallen statt. Eine Vertretung des Bundesverwaltungsgerichts gab über die laufenden Aktivitäten und Herausforderungen Auskunft und berichtete über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen der GPK bezüglich Spruchkörperbildung. Die jährliche Sitzung mit den GPK zum Geschäftsbericht 2022 fand am 5. April in Lausanne statt. Am 21. Juni präsentierte die Rechtsprofessorin *Daniela Thurnherr* auf Einladung der GPK ihr Gutachten zum Thema *Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten.* Der Präsident und der Generalsekretär a. i. des Bundesverwaltungsgerichts nahmen an der Präsentation in Bern teil und äusserten sich zum aktuellen Stand der Umsetzung der im Gutachten vorgeschlagenen Massnahmen zur Spruchkörperbildung.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte wurden im Berichtsjahr zwei Sitzungen durchgeführt. An der Sitzung vom 26. April wurde die Staatsrechnung 2022 behandelt. An der Sitzung vom 18. Oktober wurden der Voranschlag 2024 und der Finanzplan 2025–2027 besprochen. An beiden Sitzungen wurden auch Querschnittsfragen beantwortet. Die Finanzkommission gab den Vorschlag zuhanden des Parlaments frei.

Aufgrund von Rücktritten im Berichtsjahr entschied die Gerichtskommission, die Stellen von vier Richterinnen und Richtern auszuschreiben. Die Stelle des austretenden Richters *Stephan Breitenmoser* (50%) wurde nicht ausgeschrieben, sondern genutzt, um bestehende Stellen aufzustocken.

Um die deutliche Zunahme an Beschwerden im Asylbereich bewältigen zu können, beantragte das Bundesverwaltungsgericht der Gerichtskommission am 10. März eine Aufstockung von 5 Richterstellen (Vollzeitstellen) und 15 Vollzeitstellen für Gerichtsschreibende. Die Aufstockung ist auch erforderlich, um auf die bereits ab dem Jahr 2025 nach der Inbetriebnahme des Europäischen

Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) erwarteten Beschwerden in ETIAS-Verfahren zu reagieren. Der Antrag erfordert eine Änderung der Richterverordnung.

Nach Anhörung eines Mitglieds des Bundesverwaltungsgerichts wegen Änderung der Zusammensetzung eines Spruchkörpers beschloss die Gerichtskommission am 10. Mai, kein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, weil die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt seien.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 15. März *Pierre-Emmanuel Ruedin* zum Richter und *Aileen Truttmann* zur Richterin ans Bundesverwaltungsgericht. Am 14. Juni erfolgte dann die Wahl von *Philipp Egli* und *Selin Elmiger-Necipoglu* als neue Mitglieder des Gerichts. Auf Vorschlag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung am 20. Dezember *Claudia Cotting-Schalch* zur Vizepräsidentin des Gerichts für die restliche Amtsdauer 2023/24. Sie ersetzt *Stephan Breitenmoser,* der aufgrund Erreichens der Altersgrenze von 68 Jahren nur bis Ende Jahr im Amt bleiben konnte. Ebenfalls am 20. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung *Stephan Metzger* zum Richter ans Bundesverwaltungsgericht.

Zusammenarbeit

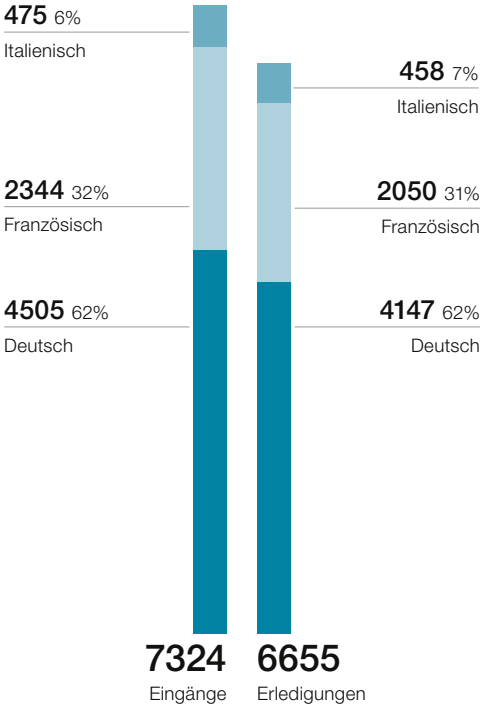
Die eidgenössischen Gerichte stehen untereinander in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden drei gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen waren das Projekt Justitia 4.0, die Digitalisierung im Allgemeinen sowie der Datenschutz. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. STATISTIKEN

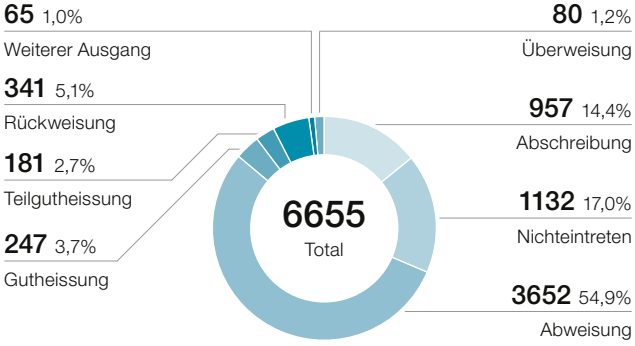
2.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2022	Erledigung 2022	Übertrag von 2022	Eingang 2023	Erledigung 2023	Übertrag auf 2024	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	5829	6152	4881	6966	6315	5532	893	1036	3590	215	178	340	28	35
Klagen	2	–	7	1	6	2	3	–	1	1	1	–	–	–
Andere Rechtsmittel	189	183	36	210	199	47	53	21	29	24	1	1	29	41
Revisionsgesuche usw.	97	108	21	147	135	33	8	75	32	7	1	–	8	4
TOTAL	**6117**	**6443**	**4945**	**7324**	**6655**	**5614**	**957**	**1132**	**3652**	**247**	**181**	**341**	**65**	**80**

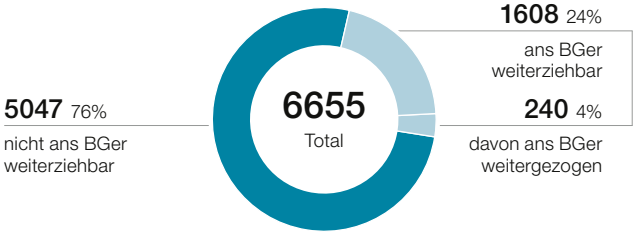
2.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2023



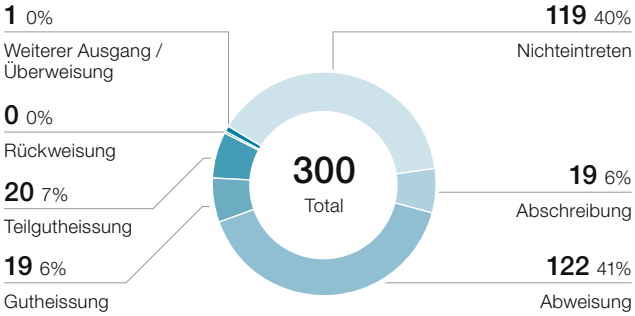
2.1.2 Art der Erledigung 2023



2.1.3 Erledigung 2023

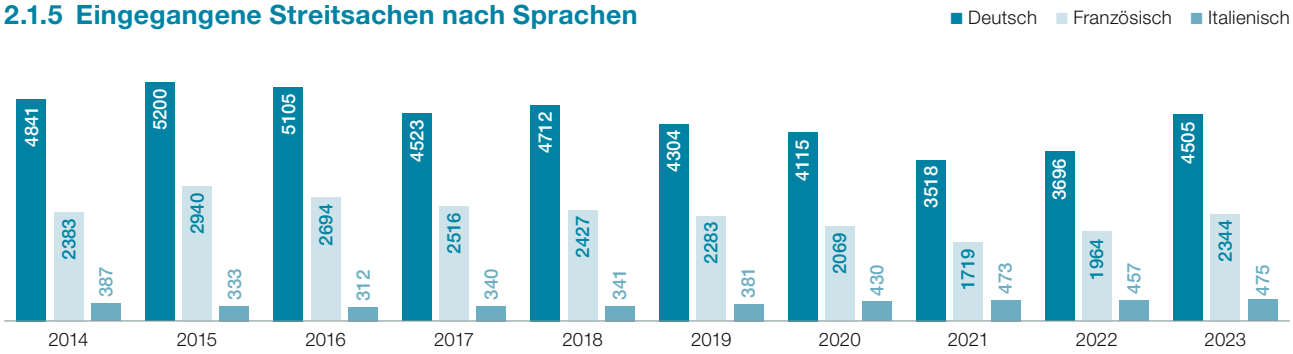


2.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



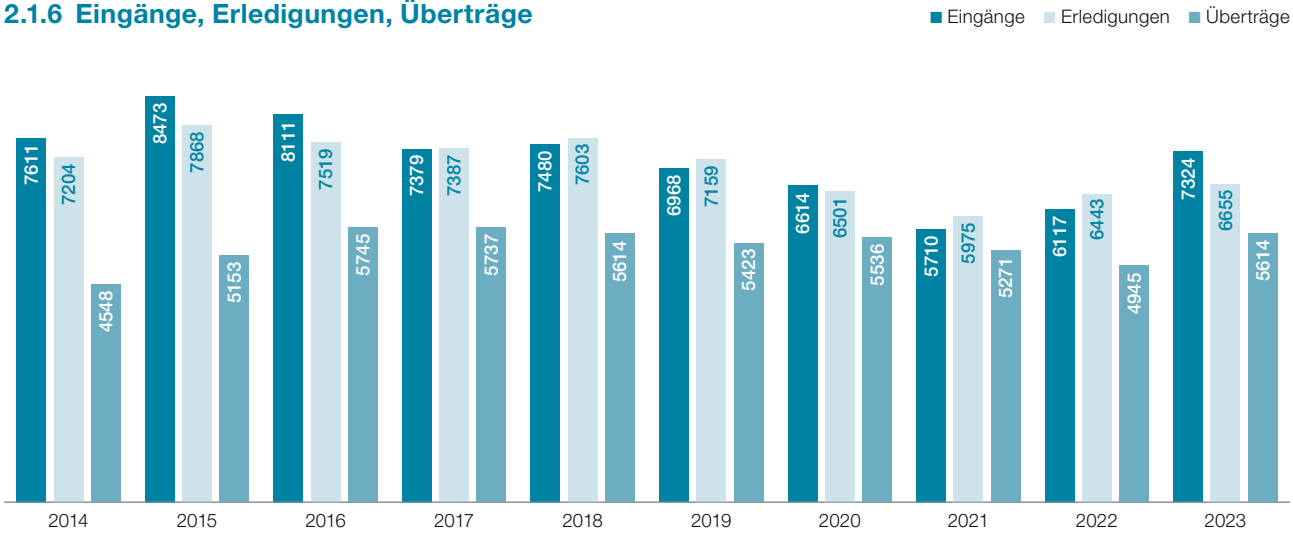
Die Differenzen zu den Zahlen gemäss letztjährigem Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen, Materienverschiebungen usw.).

2.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



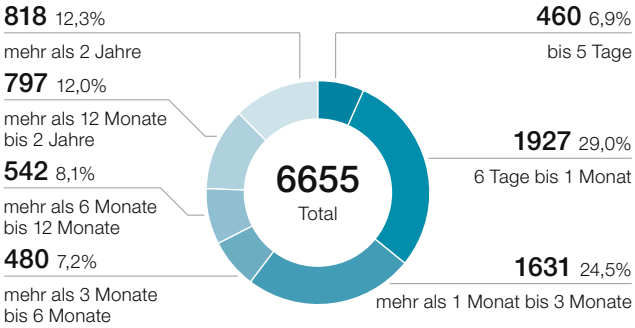
In den Jahren 2021, 2022 und 2023 wurden einige italienischsprachige Eingänge umverteilt auf die Verfahrenssprachen Deutsch (2023: 100 / 2022: 99 / 2021: 23) und Französisch (2023: 19 / 2022: 24 / 2021: 6).

2.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge



2.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 6 Monate	mehr als 6 Monate bis 12 Monate	mehr als 12 Monate bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2023
Beschwerden	419	1789	1511	459	536	787	814	**6315**
Klagen	–	1	–	1	–	1	3	**6**
Andere Rechtsmittel	28	82	73	8	2	6	–	**199**
Revisionsgesuche usw.	13	55	47	12	4	3	1	**135**
GESAMTTOTAL	**460**	**1927**	**1631**	**480**	**542**	**797**	**818**	**6655**



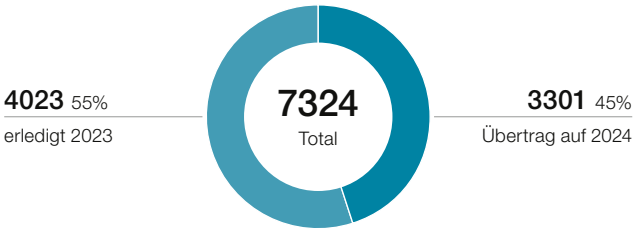
2.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	259	2304	423	3618
Klagen	719	1338	997	1447
Andere Rechtsmittel	52	518	152	1105
Revisionsgesuche usw.	69	801	175	1020
GESAMTDURCHSCHNITT	**250**		**420**	

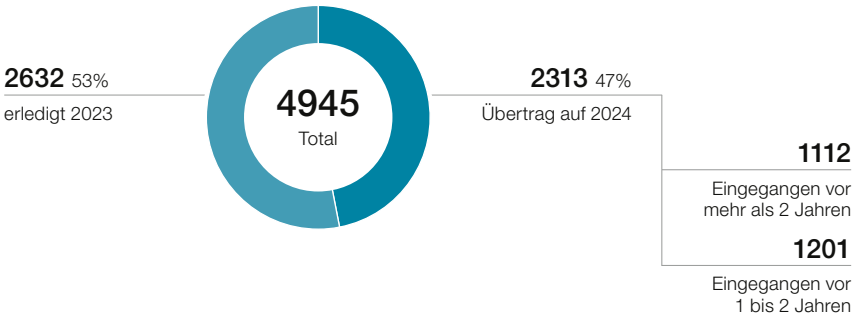
2.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2023	davon Erledigung 2023		davon Übertrag auf 2024		Übernommene Geschäfte von 2022	davon Erledigung 2023		davon Übertrag auf 2024		Neueingang 2023	Erledigung 2023	
Abteilung I	655	133	20%	522	80%	778	439	56%	339	44%	655	572	87%
Abteilung II	741	171	23%	570	77%	335	199	59%	136	41%	741	370	50%
Abteilung III	568	168	30%	400	70%	746	327	44%	419	56%	568	495	87%
Abteilung IV	2252	1528	68%	724	32%	1098	589	54%	509	46%	2252	2117	94%
Abteilung V	1934	1328	69%	606	31%	1271	536	42%	735	58%	1934	1864	96%
Abteilung VI	1174	695	59%	479	41%	717	542	76%	175	24%	1174	1237	105%
TOTAL	**7324**	**4023**	**55%**	**3301**	**45%**	**4945**	**2632**	**53%**	**2313**	**47%**	**7324**	**6655**	**91%**

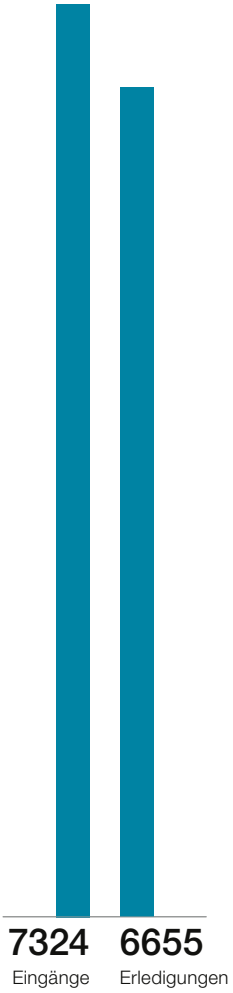
2.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



2.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

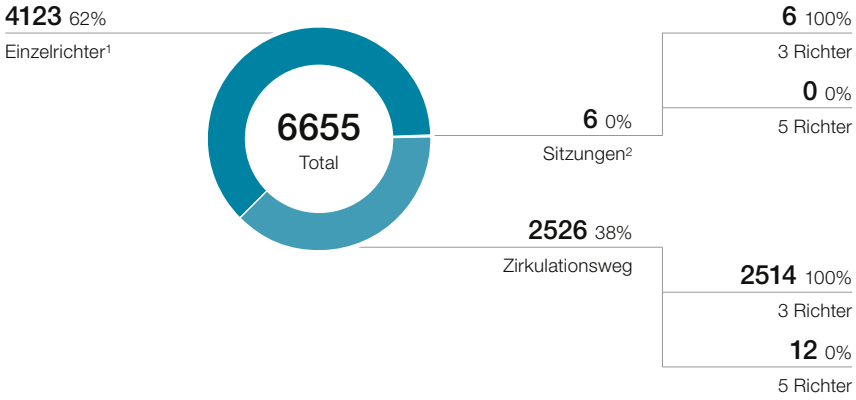


2.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



2.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzel-richter[1]	Zirkulationsweg			Sitzungen[2]		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3924	2373	12	2385	6	–	6
Klagen	3	3	–	3	–	–	–
Andere Rechtsmittel	119	80	–	80	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	77	58	–	58	–	–	–
TOTAL	**4123**	**2514**	**12**	**2526**	**6**	**–**	**6**

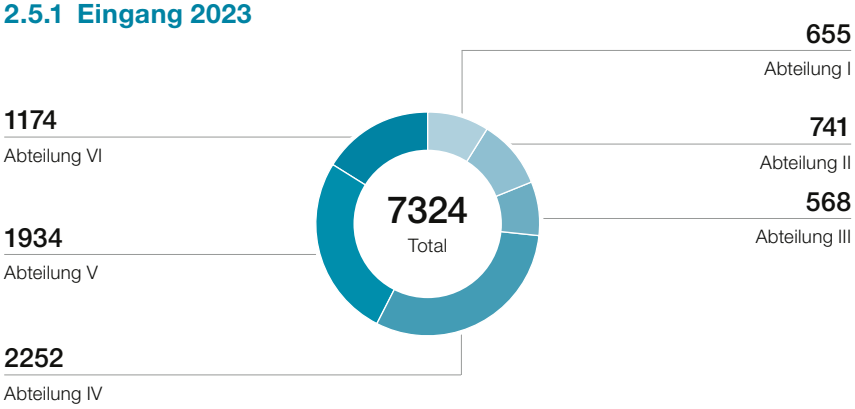


[1] Darin enthalten sind 2013 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.
[2] Urteilsberatungen

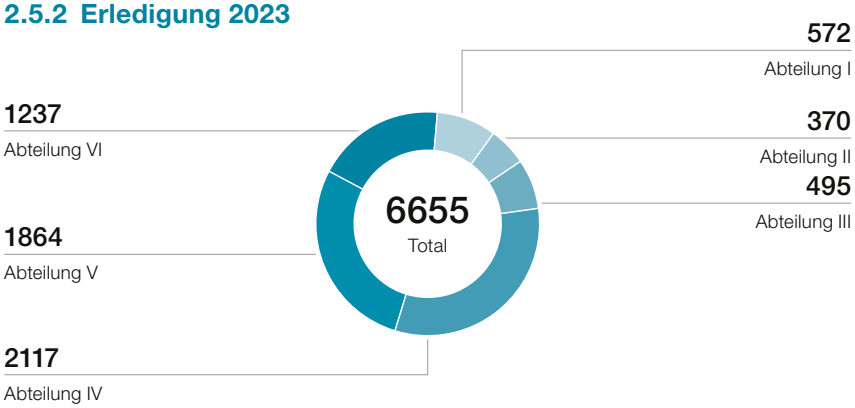
2.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

Abteilung I	Übertrag von 2022	Eingang 2023	Erledigung 2023	Übertrag auf 2024
Beschwerden	770	641	554	857
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	8	11	16	3
Revisionsgesuche usw.	–	3	2	1
Total	**778**	**655**	**572**	**861**
Abteilung II				
Beschwerden	328	736	361	703
Klagen	7	1	6	2
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	–	3	2	1
Total	**335**	**741**	**370**	**706**
Abteilung III				
Beschwerden	743	560	488	815
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	3	1	1	3
Revisionsgesuche usw.	–	7	6	1
Total	**746**	**568**	**495**	**819**
Abteilung IV				
Beschwerden	1075	2095	1972	1198
Andere Rechtsmittel	12	86	82	16
Revisionsgesuche usw.	11	71	63	19
Total	**1098**	**2252**	**2117**	**1233**
Abteilung V				
Beschwerden	1251	1811	1746	1316
Andere Rechtsmittel	11	78	71	18
Revisionsgesuche usw.	9	45	47	7
Total	**1271**	**1934**	**1864**	**1341**
Abteilung VI				
Beschwerden	714	1123	1194	643
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	33	28	7
Revisionsgesuche usw.	1	18	15	4
Total	**717**	**1174**	**1237**	**654**
GESAMTTOTAL	**4945**	**7324**	**6655**	**5614**

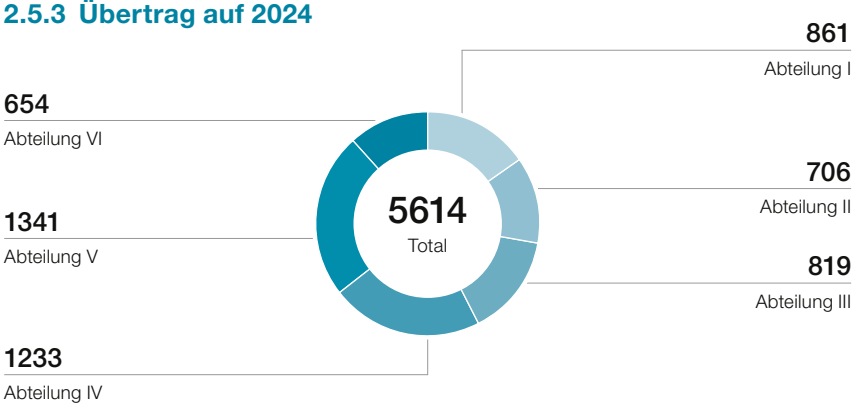
2.5.1 Eingang 2023



2.5.2 Erledigung 2023



2.5.3 Übertrag auf 2024



2.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
Abteilung I	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
Beschwerden	722	811	741	625	641	634	628	698	761	554
Klagen	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	19	36	24	21	11	23	29	27	19	16
Revisionsgesuche usw.	2	3	5	–	3	2	2	6	–	2
Total	**743**	**850**	**770**	**646**	**655**	**660**	**659**	**731**	**780**	**572**
Abteilung II										
Beschwerden	401	364	377	409	736	377	413	354	428	361
Klagen	4	2	2	2	1	1	3	2	–	6
Andere Rechtsmittel	7	1	–	–	1	6	2	–	–	1
Revisionsgesuche usw.	3	2	1	2	3	2	4	1	2	2
Total	**415**	**369**	**380**	**413**	**741**	**386**	**422**	**357**	**430**	**370**
Abteilung III										
Beschwerden	674	597	521	465	560	646	574	620	507	488
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	6	3	13	6	1	6	1	13	7	1
Revisionsgesuche usw.	4	9	5	2	7	4	10	6	3	6
Total	**684**	**609**	**539**	**473**	**568**	**656**	**585**	**639**	**517**	**495**
Abteilung IV										
Beschwerden	1812	1695	1333	1618	2095	2040	1695	1430	1650	1972
Andere Rechtsmittel	66	48	39	71	86	66	45	39	66	82
Revisionsgesuche usw.	74	100	56	46	71	71	104	61	48	63
Total	**1952**	**1843**	**1428**	**1735**	**2252**	**2177**	**1844**	**1530**	**1764**	**2117**
Abteilung V										
Beschwerden	1774	1625	1318	1466	1811	1799	1647	1412	1561	1746
Andere Rechtsmittel	45	61	52	45	78	48	56	49	46	71
Revisionsgesuche usw.	90	64	47	37	45	91	67	43	46	47
Total	**1909**	**1750**	**1417**	**1548**	**1934**	**1938**	**1770**	**1504**	**1653**	**1864**
Abteilung VI										
Beschwerden	1210	1129	1128	1246	1123	1287	1151	1164	1245	1194
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	34	43	24	46	33	32	47	25	45	28
Revisionsgesuche usw.	21	21	24	10	18	23	23	25	9	15
Total	**1265**	**1193**	**1176**	**1302**	**1174**	**1342**	**1221**	**1214**	**1299**	**1237**
GESAMTTOTAL	**6968**	**6614**	**5710**	**6117**	**7324**	**7159**	**6501**	**5975**	**6443**	**6655**

2.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

Staat – Volk – Behörden	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
140.00 Bürgerrecht	50	–	1	1	52
141.00 Ausländerrecht	600	–	14	9	623
142.10 Asylverfahren	3937	–	44	107	4088
142.50 Asyl Verschiedenes	99	–	3	–	102
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	6	–	–	–	6
144.00 Ausweisschriften	37	–	–	–	37
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	15	–	–	–	15
170.00 Staatshaftung (Bund)	7	–	–	–	7
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	23	–	120	7	150
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	28	–	–	–	28
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	44	–	–	–	44
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	6	–	–	–	6
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	197	–	1	2	200
Total Staat – Volk – Behörden	5049	–	183	126	5358
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung					
210.10 Stiftungsaufsicht	2	–	–	–	2
210.20 Adoptionsvermittlung	–	–	–	–	–
210.30 Solidaritätsbeiträge	–	–	–	–	–
221.10 Revisionsaufsicht	6	–	–	–	6
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	3	–	–	–	3
232.10 Urheberrecht	3	–	–	–	3
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	48	–	–	–	48
232.50 Erfindungspatente	3	–	–	–	3
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	152	–	6	1	159
232.70 Ursprungsbezeichnungen	–	–	–	–	–
232.80 Wappenschutz	–	–	–	–	–
251.00 Kartelle	22	–	–	–	22
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	239	–	6	1	246
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug					
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	–	–	–	–	–
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	–	–	–	–	–
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	–	–	–	–	–
Schule – Wissenschaft – Kultur					
410.00 Schule	81	–	1	1	83
420.00 Wissenschaft und Forschung	8	–	–	–	8
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	2	–	–	–	2
450.00 Natur- und Heimatschutz	–	–	–	–	–
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	91	–	1	1	93
Landesverteidigung					
500.00 Landesverteidigung	22	–	1	–	23
Finanzen					
610.00 Subventionen	13	–	–	–	13
630.00 Zölle	45	–	–	–	45
641.00 Stempelabgaben	4	–	–	–	4
641.99 Indirekte Steuern	53	–	–	–	53
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	47	–	–	–	47
650.00 Schwerverkehrsabgabe	2	–	–	–	2
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	4	–	–	–	4
650.99 Direkte Steuern	3	–	–	–	3
654.00 Verrechnungssteuer	16	–	–	–	16
655.00 Internationales Steuerrecht	–	–	–	–	–
699.00 Finanzen (Übriges)	2	–	–	–	2
Total Finanzen	136	–	–	–	136

Öffentliche Werke – Energie – Verkehr	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
711.00 Enteignung	**13**	**–**	**–**	**–**	**13**
725.00 Nationalstrassen	**21**	**–**	**–**	**–**	**21**
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	**12**	**–**	**–**	**–**	**12**
730.20 Elektrische Anlagen	**19**	**–**	**–**	**–**	**19**
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	**1**	**–**	**–**	**–**	**1**
742.00 Eisenbahnen	**21**	**–**	**–**	**–**	**21**
748.10 Luftfahrtanlagen	**2**	**–**	**–**	**–**	**2**
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	**7**	**–**	**1**	**–**	**8**
749.00 Übrige Anlagen	**3**	**–**	**–**	**–**	**3**
783.00 Post, Fernmeldewesen	**9**	**–**	**–**	**–**	**9**
785.00 Radio und Fernsehen	**17**	**–**	**–**	**–**	**17**
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	**125**	**–**	**1**	**–**	**126**
Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit					
810.10 Medizin und Menschenwürde	**1**	**–**	**–**	**–**	**1**
810.20 Medizinalberufe	**9**	**–**	**–**	**–**	**9**
810.30 Heilmittel	**35**	**–**	**–**	**–**	**35**
810.40 Chemikalien	**2**	**–**	**–**	**–**	**2**
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	**6**	**–**	**–**	**–**	**6**
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	**1**	**–**	**–**	**–**	**1**
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	**24**	**–**	**–**	**–**	**24**
830.00 Sozialversicherung	**482**	**2**	**1**	**6**	**491**
830.10 Sozialversicherung AT	12	–	–	1	13
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	93	–	–	2	95
830.40 Invalidenversicherung (IV)	262	–	1	3	266
830.50 Krankenversicherung	42	–	–	–	42
830.60 Unfallversicherung	18	–	–	–	18
830.70 Berufliche Vorsorge	33	–	–	–	33
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	–	–	–	–	–
830.90 Familienzulagen	1	–	–	–	1
830.95 Arbeitslosenversicherung	21	2	–	–	23
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	**4**	**–**	**–**	**–**	**4**
850.00 Fürsorge	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit	**564**	**2**	**1**	**6**	**573**
Wirtschaft – technische Zusammenarbeit					
901.00 Investitions- und Standortförderung	**8**	**–**	**–**	**–**	**8**
910.00 Landwirtschaft	**14**	**–**	**–**	**–**	**14**
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
930.00 Industrie und Gewerbe	**2**	**–**	**–**	**–**	**2**
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	–	–	–	–	–
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	**40**	**–**	**–**	**1**	**41**
950.20 Finanzmarktaufsicht	33	–	–	1	34
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	**2**	**3**	**–**	**–**	**5**
Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit	**66**	**3**	**–**	**1**	**70**
999.00 Übriges	**23**	**1**	**6**	**–**	**30**
GESAMTTOTAL	**6315**	**6**	**199**	**135**	**6655**

VERGLEICHSTABELLE

Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)*	Bundesgericht	Bundes-strafgericht	Bundesver-waltungsgericht	Bundes-patentgericht
Anzahl Richter/-innen	39	19,3	64,8	3,6
Anzahl Gerichtsschreiber/-innen	140,1	30,7	193,7	1,0
Anzahl übrige Mitarbeitende	164,21	31,05	110,3	1,3
Geschäftslast				
Bestand am Anfang des Jahres	3493	293	4945	29
Anzahl Eingänge	7558	677	7324	31
Anzahl Erledigungen	7420	726	6655	32
Bestand am Ende des Jahres	3631	244	5614	28
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	195	298[1] / 166[2] / 138[3]	250	492[4] / 78[5]
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	33	9	1112	0
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2023 eingegangenen Fällen	42%	69,6%	55%	29%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2023 erledigten Fälle	87%	87%	53%	79%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	98%	107,2%	91%	103%
Finanzen (in CHF)				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17 412 397	898 002	5 181 472	679 987[6]
Aufwand	107 054 481	19 416 669	90 812 623	1 522 108
Personalaufwand	86 661 057	16 534 677	75 914 081	1 263 605
Sach- und übriger Betriebsaufwand	20 177 684	2 703 826	14 711 184	249 853
Einlage in Rückstellungen	0	161 000	135 232	8 650
Abschreibung Verwaltungsvermögen	215 740	17 167	52 126	0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0	0	0	0
Ausgaben	316 808	0	0	0
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	316 808	0	0	0
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	16,22%	4,6%	5,71%	44,67%[6]
Besonderes				
Unentgeltliche Rechtspflege	745 409	18 644	603 315	0
Informatik-Sachaufwand	1 905 377	481 461	4 831 986	109 274
Raummiete	7 353 430	1 133 520	4 024 770	58 500

* Jahresmittelwert
[1] Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer
[2] Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer
[3] Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer
[4] Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren
[5] Mittlere Dauer der summarischen Verfahren
[6] Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 842 121)